



INGENIEURS – CONSEILS

**BUREAU D'ETUDES ET DE SERVICES TECHNIQUES**

2, RUE DES SAPINS

L - 2513 SENNINGERBERG

TÉL. : 34 90 90 FAX : 34 94 33

**PROJEKT:**

**ERHÖHUNG DER BAUSCHUTTDEPONIE  
FOLKENDANGE**

**ANTRAG AUF PRÜFUNG DER UVP-PFLICHT**

auf Basis des Gesetzes vom 15. Mai 2018 *relative à l'évaluation  
des incidences sur l'environnement*

**SCREENING DOKUMENT**

**Im Auftrag von:**

**GEDECA S.A R.L.**

Gestion pour Déchets et Carrières

Maison 3

L-7424 ESSINGEN



**161049**

**Dezember 2019**



## **INHALTSVERZEICHNIS**

1.	ALLGEMEINE ANGABEN .....	5
1.1.	Antragsbegründung .....	5
1.2.	Angaben zum Betreiber der Anlage .....	7
1.3.	Antragsteller .....	7
1.4.	Erstellung Screening Dokument .....	7
1.5.	Technische Planung .....	7
1.6.	Beschreibung des geplanten Vorhabens .....	8
1.6.1.	Beschreibung der vorhandenen Situation .....	8
1.6.2.	Beschreibung des geplanten Bauablaufs .....	9
1.6.3.	Flächennutzung .....	10
1.6.4.	Umfang der geplanten Baumaßnahmen .....	10
1.7.	Standortbeschreibung .....	12
1.7.1.	Topographische Lage .....	12
1.7.2.	Katastersituation .....	13
1.7.3.	Bisherige Nutzung des Standorts -IST Zustand .....	13
1.7.4.	Nutzung des näheren Umfelds des Vorhabens .....	14
1.7.5.	Derzeitiger Umweltzustand im Vorhabensraum .....	15
1.8.	Potentiell betroffene Schutzgüter und relevante Wirkfaktoren .....	18
1.8.1.	Baubedingte Wirkungen .....	18
1.8.2.	Anlagenbedingte Wirkungen .....	19
1.8.3.	Betriebsbedingte Wirkungen .....	20
2.	PRÜFUNG DES GEPLANTEN VORHABENS AUF UVP-PFLICHT .....	22
2.1.	Projektanalyse .....	22
2.1.1.	Art und Größe des Vorhabens .....	23
2.1.2.	Zusammenwirkung mit anderen Vorhaben .....	23
2.1.3.	Nutzung und Gestaltung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Boden, Natur und Landwirtschaft) .....	23
2.1.4.	Abfallerzeugung .....	24
2.1.5.	Umweltverschmutzung und Belästigungen .....	24
2.1.6.	Unfallrisiko insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien .....	25
2.1.7.	Risiken für die menschliche Gesundheit .....	25
2.2.	Raumanalyse .....	26
2.2.1.	Nutzungskriterien .....	26
2.2.2.	Qualitätskriterien .....	27
2.2.3.	Schutzkriterien .....	27
2.3.	Wirkungsanalyse .....	30
2.3.1.	Art und Ausmaß der Auswirkungen .....	30
2.3.2.	Grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen .....	30
2.3.3.	Schwere und Komplexität der Auswirkungen .....	30
2.3.4.	Wahrscheinlichkeit der Auswirkungen .....	31
2.3.5.	Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen .....	31
2.3.6.	Zusammenwirken der Auswirkungen mit bestehenden oder zugelassenen Vorhaben ..	31
2.3.7.	Maßnahmen mit denen Auswirkungen des Vorhabens verringert oder vermieden werden können	32
3.	ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES VORHABENS .....	33
4.	ANLAGEN .....	35
5.	PLANUNTERLAGEN .....	35



## 1. ALLGEMEINE ANGABEN

### 1.1. Antragsbegründung

Die Firma GEDECA s.à r.l. plant das Volumen der bestehenden Inertstoffdeponie in Folkendange zu erhöhen. Die Deponie wird seit 2001 betrieben und wurde 2017 um ca.14 ha erweitert. Das zusätzliche genehmigte Deponievolumen betrug ca. 500.000 m<sup>3</sup>. Nach dem aktuellen Verfüllstand sind noch ca. 86.000 m<sup>3</sup> an Ablagerungskapazität vorhanden (Stichtag 03.10.2019). Entsprechend den derzeitigen angelieferten Inertstoffmengen von ca. 150.000 m<sup>3</sup>/a wird dieses Ablagerungsvolumen in rund 0,6 Jahren erschöpft sein. Um den bestehenden Deponiestandort weiter nutzen zu können, soll auf der bestehenden Deponie eine Fläche von ca. 12 ha weiter verfüllt werden. Durch diese geplante Überschüttung der Altdeponie kann ein zusätzliches Deponievolumen von ca. 500.000 m<sup>3</sup> geschaffen werden.

Die Infrastruktureinrichtungen der bestehenden Deponie können durch die Beibehaltung des Standorts übernommen werden. Das Verkehrskonzept und die Zufahrt bleiben ebenfalls erhalten. Die damalige und heutige Zufahrt erfolgt über die C.R. 347.

Es wird keine Änderung des bisherigen Deponiebetriebes (d.h. Erhöhung der zum Einsatz kommenden Fahrzeuge und Gerätschaften) und keine Änderung der zugelassenen Abfallarten erfolgen. Die Erhöhung ist ausschließlich für die bereits zugelassenen Abfallarten geplant.

Die Wiederverwertung von Baureststoffen und Bauabfällen wird fortgeführt.

Die Inertstoffdeponie wird von der Firma GEDECA s.à r.l. Gestion pour Déchets et Carrières betrieben.

Die bestehende Deponie fällt unter Punkt 58 aus dem Anhang IV des Règlement Grand-Ducal vom 15. Mai 2018 *établissant des listes de projets soumis à une évaluation des incidences sur l'environnement*:

<b>Déchets : Elimination des déchets par dépôt, mise en décharge ou stockage définitif</b>	
<b>58</b>	<b>Décharges de déchets non dangereux recevant plus de 10 t de déchets par jour ou d'une capacité totale supérieure à 25.000 t</b>

Für Vorhaben dieser Art muss bei einer Projektänderung gemäß Art. 2 des *Règlement grand-ducal du 15 mai 2018 établissant des listes de projets soumis à une évaluation des incidences sur l'environnement* von der zuständigen Behörde fallbezogen entschieden werden, ob die Durchführung einer Umwelt-Verträglichkeits-Prüfung (UVP/EIE) erforderlich ist.

Um es der zuständigen Behörde zu ermöglichen, eine Entscheidung hinsichtlich der Notwendigkeit der Durchführung einer UVP/EIE zu fällen, werden ihr mit dem vorliegenden Screening-Dokument die hierzu erforderlichen Informationen gemäß Anhang I des Gesetzes vom 15. Mai 2018 *relative à l'évaluation des incidences sur l'environnement* vorgelegt und eine entsprechende Stellungnahme beantragt.

Die im Rahmen des vorliegenden EIE-Screenings durchgeführte Prüfung hinsichtlich vorhabenspezifischer Wirkfaktoren und der damit potenziell verbundenen Auswirkungen hat ergeben, dass weder bau-, anlagen- noch betriebsbedingt mit einer erheblichen Beeinträchtigung von Schutzgütern zu rechnen ist.

Die Analyse der Kriterien gemäß Anhang I des EIE-Gesetzes kommt zu dem Schluss, dass in diesem Fall auf eine UVP / EIE verzichtet werden kann.

## **1.2. Angaben zum Betreiber der Anlage**

Die Inertstoffdeponie wird von der Firma GEDECA s.à r.l. Gestion pour Déchets et Carrières betrieben:

Die Geschäftsadresse lautet:

### **GEDECA s.à r.l.**

Gestion pour Déchets et Carrières

Maison 3

L-7424 Essingen

Tel: 85.84.48 / Fax: 85.84.47

E-Mail: go@goca.lu

Kontaktperson: Herr Georges ORIGER

## **1.3. Antragsteller**

### **GEDECA s.à r.l.**

Gestion pour Déchets et Carrières

Maison 3

L-7424 Essingen

Tel: 85.84.48 / Fax: 85.84.47

E-Mail: go@goca.lu

Kontaktperson: Herr Georges ORIGER

## **1.4. Erstellung Screening Dokument**

### **B.E.S.T. Ingénieurs-Conseils S.à r.l.**

2, rue des Sapins

L-2513 Senningerberg

Tél. : +352 34 90 90

Fax: +352 34 94 33

E-Mail: amuller@best.lu

Kontaktperson: Herr Andreas MÜLLER

## **1.5. Technische Planung**

### **B.E.S.T. Ingénieurs-Conseils S.à r.l.**

2, rue des Sapins

L-2513 Senningerberg

Tél. : +352 34 90 90

Fax: +352 34 94 33

E-Mail: amuller@best.lu

Kontaktperson: Herr Andreas MÜLLER

## **1.6. Beschreibung des geplanten Vorhabens**

### **1.6.1. Beschreibung der vorhandenen Situation**

Die Deponie Folkendange wird seit 2001 betrieben und umfasst eine Fläche von ca. 30 ha. Die Altdeponie hat eine Kapazität von ca. 1.130.000 m<sup>3</sup>. Die Betriebsgenehmigung wurde am 17.07.2001 erteilt (Arrêté Nr. 1/00/0378/A) und am 21.11.2014 verlängert (Arrêté Nr. 1/14/0280). Das Gelände wird seither als Inertstoffdeponie genutzt. Im Jahr 2017 wurde die Deponie um ca. 14 ha erweitert und ein zusätzliches Deponievolumen von ca. 500.000 m<sup>3</sup> geschaffen (Arrêté Nr. 1/16/0380).

Die Zufahrt zur Deponie erfolgt über die C.R. 347. Eine „Permission de voirie“ liegt vor. Um sicher zu stellen, dass der Verkehr auf den öffentlichen Straßen nicht durch die Verschleppung von Schmutz aus dem Ablagerungsbereich beeinträchtigt wird, wird eine Reifenreinigung durchgeführt. Die installierte Anlage besteht aus einer mechanischen Vorreinigung durch Walkrollen und einer Nachreinigung durch eine Waschanlage. Die Waschanlage wird ohne Flockungsmittel betrieben.

Die Deponieeinrichtungen umfassen vor allem den Eingangsbereich in dem der Bauschutt angeliefert, gewichtsmäßig erfasst und identifiziert wird. Für die Arbeiter stehen ein Containerbüro und ein Container als Aufenthalts- und Sozialraum zur Verfügung. In einem dritten Container ist der Stromanschluss untergebracht. Vom Bürocontainer aus findet die Eingangskontrolle (Sichtkontrolle) des angelieferten Bodenmaterials statt. Die Betankung der Arbeitsgeräte erfolgt auf der Zwischenlagerfläche für zweifelhafte Abfälle. Hier werden auch die Arbeitsgeräte abgestellt. Die Fläche ist mit Beton B35 abgedichtet und an den Koaleszenzabscheider angeschlossen.

Mit einer mobilen Brecheranlage wird der Bauschutt zerkleinert, vorübergehend zwischengelagert und zur Wiederverwertung mit Fahrzeugen abgeholt. Die Zerkleinerung erfolgt in insgesamt 6 Kampagnen pro Jahr mit einer Dauer von jeweils 5 Tagen (siehe Plan Nr. 161049-43-017002) Deponie-Infrastruktureinrichtungen).

Die Verfüllung des Deponieraums erfolgt phasenweise. Zur funktionsgerechten Wiedereingliederung der Ablagerungsflächen in den Naturhaushalt werden möglichst bald nach Abschluss jeder Phase Maßnahmen zur Initiierung einer standorttypischen Vegetation in Gang gesetzt. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist hierbei die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird. Nach dem Abschluss der Begrünungsmaßnahmen werden die ehemaligen Ablagerungsflächen wieder landwirtschaftlich als Wiese genutzt. Die Nutzung des Geländes als Bauschuttdeponie ist temporär und befristet.

In Bezug auf das modifizierte Gesetz vom 21. März 2012 *relative à la gestion des déchets* dürfen auf der Deponie Folkendange nur die folgenden im Code Européen de Déchets (CED Code) beschriebenen Arten von Bauabfällen abgelagert werden.



**Tab. 1 :** Arten von Bauabfällen auf der Deponie von Folkendange.

Code CED	Dénomination
17 01 01	Béton
17 01 02	Briques
17 01 03	Tuiles et céramiques
17 01 07	Mélanges de bétons, briques, tuiles et céramiques
17 05 04	Terres et cailloux autres que ceux visés à la rubrique 17 05 03
20 02 02	Terres et pierres

Abgelagert werden darf nur unverschmutztes, inertes Aushubmaterial, das nicht anderwärtig verwendet werden kann. Als chemisch inert bezeichnet man Substanzen, die unter den sich jeweilig ergebenden Bedingungen mit potenziellen Reaktionspartnern (Luft, Wasser) nicht oder nur in verschwindend geringem Maße reagieren. Das abgelagerte Material unterliegt keinen wesentlichen physikalischen, chemischen oder biologischen Veränderungen. Von den ordnungsgemäß abgelagerten Inertstoffen geht keine Gefahr für die Umwelt aus.

#### **1.6.2. Beschreibung des geplanten Bauablaufs**

Die Altdeponie soll auf einer Fläche von ca. 12 ha weiter verfüllt werden. Die Überschüttung der ehemaligen, bereits stillgelegten Ablagerungsbereiche der Altdeponie soll in 5 Phasen über einen Zeitraum von insgesamt 3 Jahren erfolgen. In jeder Phase werden zwischen 27.800 m<sup>3</sup> und 148.000 m<sup>3</sup> inertes Material verfüllt, insgesamt ca. 500.000 m<sup>3</sup>. Die geplanten Schütthöhen liegen im Mittel bei 6 m bis 8 m. Die maximale Schütthöhe beträgt 12 m. Die Verfüllarbeiten beginnen mit der Phase 1 im nördlichen Deponiebereich und setzen sich dann über Phase 2 bis zur Phase 5 im Südosten der Altdeponie fort. (siehe Plan Nr. 161049-43-012003 b). Möglichst bald nach Abschluss jeder Phase findet die Rekultivierung der Ablagerungsflächen statt. Nach dem Abschluss der Begrünungsmaßnahmen sollen die Deponieflächen wieder landwirtschaftlich als Wiese genutzt werden.

Im Süden des Überhöhungsbereichs werden Gräben für die Oberflächenwasserableitung sowie ein Absatzbecken vorgesehen. Diese sollen eine Verschlamung des *Brücherbaach* unterbinden. Sie werden zusammen mit den Infrastruktureinrichtungen nach dem Abschluss der Verfüllarbeiten wieder zurückgebaut und rekultiviert.

Die Anlieferung des Materials erfolgt werktags (Mo.-Fr.) von 08:00 – 17:00 Uhr. Die Anzahl der Lieferungen liegt laut Betreiber bei maximal 126 Lkw pro Tag. Dies entspricht einer täglichen Annahme von ca. 1.400 m<sup>3</sup> Material.

Details zu den geplanten Baumaßnahmen sind den Planunterlagen in der Anlage Punkt 5 zu entnehmen.

### **1.6.3. Flächennutzung**

Die Inertstoffdeponie soll auf einer Fläche von ca. 12 ha weiter verfüllt werden. Die bestehende Deponie umfasst eine Fläche von ca. 44 ha. Die geplante Überschüttung der Anlage findet auf dem bestehenden Deponiegelände statt. Als Verfüllfläche dienen die bereits rekultivierten und wieder landwirtschaftlich genutzten Flächen im nördlichen Bereich der Altdeponie.

Die Infrastruktureinrichtungen der bestehenden Deponie von ca. 1,3 ha werden weiter genutzt. Sie umfassen vor allem den Eingangsbereich in dem der Bauschutt angeliefert, gewichtsmäßig erfasst und identifiziert wird. Für die Arbeiter stehen hier ein Containerbüro und ein Container als Aufenthalts- und Sozialraum zur Verfügung. In einem dritten Container ist der Stromanschluss untergebracht. Des Weiteren sind die Reifenwaschanlage, die mobile Bauschuttrecyclinganlage (Brecheranlage) mit den dazugehörenden Lagerflächen sowie ein Zwischenlager für mögliche Störstoffe, die nicht auf der Deponie abgelagert werden können, aufzuführen (siehe Plan Nr.161049-43-017002).

Die Überschüttung der Altdeponie soll in 5 Phasen über einen Zeitraum von 3 Jahren erfolgen. Flächenmäßig am größten sind die Phasen 1, 2 und 3 mit einem jeweiligen Ablagerungsbereich von ca. 25.000 m<sup>2</sup>. Die Phasen 4 und 5 umfassen ca. 24.000 m<sup>2</sup> bzw. 22.000 m<sup>2</sup>.

Der Standort der geplanten neuen Ablagerungsflächen und die geplante neue Phasenaufteilung sind in den Plänen Plan Nr.161049-43-017001 und Plan Nr. 161049-43-012003 b dargestellt.

### **1.6.4. Umfang der geplanten Baumaßnahmen**

Bei den geplanten Vorhaben handelt es sich um Bauarbeiten auf einem bislang bereits als Bauschuttdeponie genutzten Standort der bestehenden Anlage. Als Ablagerungsfläche dienen die rekultivierten und wieder landwirtschaftlich genutzten Flächen im nördlichen Bereich der Altdeponie.

Die Arbeiten werden nur auf dem Betriebsgelände der Altdeponie durchgeführt. Der Deponiebetrieb der Altdeponie ist zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellt. Alt- und Neudeponie werden nicht gleichzeitig betrieben. Im Rahmen der geplanten Erhöhung des Deponiegeländes werden neben dem Anlieferverkehr hauptsächlich Erdarbeiten und Verdichtungsarbeiten stattfinden.

Die Wiederverwertung von Baureststoffen und Bauabfällen auf dem Deponiestandort wird fortgeführt. Mit einer mobilen Brecheranlage wird der Bauschutt zerkleinert, vorübergehend zwischengelagert und zur Wiederverwertung mit Fahrzeugen abgeholt. Die Zerkleinerung erfolgt in insgesamt 6 Kampagnen pro Jahr mit einer Dauer von jeweils 5 Tagen.

Für die geplante Weiterverfüllung auf einem Teilbereich der Altdeponie und den Betrieb der Brecheranlage ist von den folgenden Arbeiten auszugehen:

- Transporte von Material mittels Lastkraftwagen und Radlader
- Aufladen und Abschütten
- Brechen, Sieben und Zwischenlagern

- Verdichtungsarbeiten
- Erdarbeiten
- Grün- und Bepflanzungsarbeiten im Rahmen der Rekultivierung

Die Gesamtdauer der Verfüllarbeiten ist mit ca. 3 Jahren, mit Unterbrechungen, veranschlagt. Die geplanten Bauarbeiten und der zeitweise Betrieb der Brecheranlage sind gewöhnlicher Natur und weisen keine unüblichen Arbeiten mit einem besonders erhöhten Unfallrisiko auf. Dasselbe gilt für die verwendeten Geräte, Anlagen und Baumaschinen.

Auf der Inertstoffdeponie ist nicht mit der Anlieferung von belasteten Erdmassen oder Bauschadstoffen auszugehen, die besondere Maßnahmen erforderlich machen würden. Mögliche belastete Erdmassen bzw. Baureststoffe werden bereits im Eingangsbereich der Deponie bei der Sichtkontrolle der Anlieferungen abgewiesen. Für die Sicherstellung von Materialien, die auf der Deponie abgelagert wurden und deren Identität nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden kann, wurde bereits auf der Altdeponie ein genehmigtes Zwischenlager angelegt. Der Ablagerungsbereich ist mit Beton abgedichtet. Die Lagerung zweifelhafter Materialien erfolgt nur solange, bis sie einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt werden können.

Die Arbeiten auf dem Deponiegelände werden unter Einhaltung der geltenden Vorschriften durch Fachbetriebe durchgeführt.

Mit der Durchführung des Bauvorhabens ergeben sich keine spezifischen bzw. unüblichen Risiken für Mensch und Umwelt.

## **1.7. Standortbeschreibung**

### **1.7.1. Topographische Lage**

Der Standort der Bauschuttdeponie Folkendange liegt großräumig betrachtet im Norden Luxemburgs in der Nähe von Diekirch und Ettelbrück.

Administrativ gehört die Standortfläche zur Gemeinde Vallée de l'Ernz. In der Umgebung des Standortes liegen folgende Ortschaften:

- Brücherhof      0,3 km (O)
- Folkendange    0,8 km (NO)
- Stegen           2,1 km (SW)
- Ermsdorf        2,0 km (SO)
- Medernach      3,3 km (SO)

Die Lage des Deponiestandortes ist in der Übersicht Plan Nr. 161049-43-017001 zu entnehmen.

Der Standort befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinde Vallée de l'Ernz. Im Umkreis von 200 m grenzen keine weiteren Gemeinden an den Standort (siehe Plan Nr. 161049-43-017001). Die Gemeindegrenze von Bettendorf liegt ca. 1,3 km nordwestlich des Standorts. Die Gemeindegrenze von Nommern verläuft ca. 1,5 km südwestlich der Deponie und der geplanten Erweiterungsfläche.

Die topographischen Daten des geplanten Überschüttungsbereichs im Gauss Luxemburg-Format, bezogen auf den ungefähren Mittelpunkt, sind wie folgt:

Rechtswert:      81910  
Hochwert:        100125

### **1.7.2. Katastersituation**

Die Bauschuttdeponie Folkendange befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinde Vallée de l'Ernz. Der Standort ist auf den folgenden Katasterauszügen verzeichnet:

**Tab. 2 :** Betroffene Katasterparzellen.

<b>Commune</b>	<b>Section</b>	<b>Lieu-dit</b>	<b>Nr. Cadastral</b>
Vallée de l'Ernz	EE de Bruecherhof et Moserhof	Im Schodengrund	331
		Im Schodengrund	339
		Im Schodengrund	407/79
		Kohlenberg	393/202
		Im Draunwenfeld	398/208
		Bei Bricherhof	402/211
		Bei Bricherhof	405
		Bourwies	426

Der Katasterplan (siehe Plan Nr. 161049-43-017001) mit einer Kopie des Katasterauszugs befindet sich in der Anlage.

### **1.7.3. Bisherige Nutzung des Standorts -IST Zustand**

Der Standort für die geplante Neuverfüllung wird bereits als Inertstoffdeponie genutzt. Das betrachtete Vorhaben findet auf der bestehenden Deponie statt. Durch die Beibehaltung des Standorts können die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen übernommen werden.

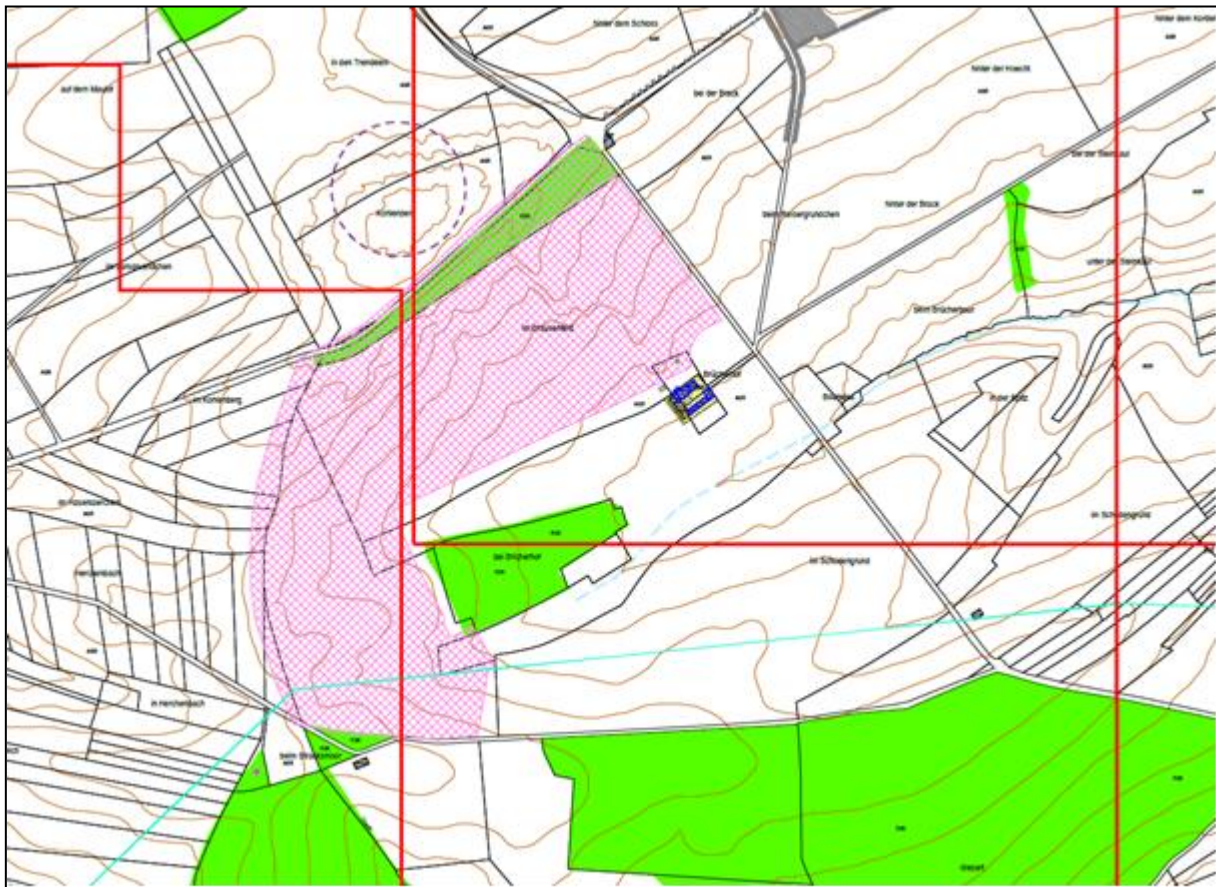
Die bereits bestehenden Deponieeinrichtungen umfassen vor allem den Eingangsbereich in dem der Bauschutt angeliefert, gewichtsmäßig erfasst und identifiziert wird. Für die Arbeiter stehen ein Containerbüro und ein Container als Aufenthalts- und Sozialraum zur Verfügung. In einem dritten Container ist der Stromanschluss untergebracht. Vom Bürocontainer aus findet die Eingangskontrolle (Sichtkontrolle) des angelieferten Bodenmaterials statt.

Die Betankung der Arbeitsgeräte findet auf der Zwischenlagerfläche für zweifelhafte Abfälle statt. Hier werden auch die Arbeitsgeräte abgestellt. Die Fläche ist mit Beton B35 abgedichtet und an den Koaleszenzabscheider angeschlossen. Die Bauschuttrecyclinganlage wird weiterhin betrieben. Mit einer mobilen Brecheranlage wird der Bauschutt zerkleinert, vorübergehend zwischengelagert und zur Wiederverwertung mit Fahrzeugen abgeholt. Die Zerkleinerung erfolgt in insgesamt 6 Kampagnen pro Jahr mit einer Dauer von jeweils 5 Tagen.

Im Altlasten- und Verdachtsflächenkataster ist der Standort nicht aufgeführt.

#### 1.7.4. Nutzung des näheren Umfelds des Vorhabens

Die geplanten Erweiterungsflächen und die bestehende Bauschuttdeponie befinden sich außerhalb des Bauperimeters von Folkendange in der Grünzone. Das Plangebiet ist im PAG-Plan der Gemeinde Vallée de l'Ernz als "Zones agricoles" und "Zones forestières" ausgewiesen. Die Flächen der bestehenden Deponie sind als Bauschuttdeponie klassifiziert. Der Brücherhof befindet sich in der Zone d'habitation 1. Die nächstgelegenen Wohngebäude liegen in unmittelbarer Nähe der Deponie östlich der neuen Ablagerungsfläche. Die nächstgelegenen Wohngebäude innerhalb einer geschlossenen Siedlung befinden sich nordöstlich der Deponie in der Ortslage von Folkendange.



**Abb. 1 :** Auszug aus dem PAG der Ernztalgemeinde ([www.aernzdall.lu](http://www.aernzdall.lu)).

Das nähere Umfeld der Deponie wird von Grünland eingenommen, das intensiv landwirtschaftlich genutzt wird. Bei der geplanten Ablagerungsfläche handelt es sich um einen bereits rekultivierten Bereich der Altdeponie, der als Mähwiese genutzt wird. An den südlichen Bereich der Projektfläche grenzt eine Heckenreihe an. Sie ist nicht von den geplanten Verfüllarbeiten betroffen und wird während der Bauarbeiten durch einen ca. 3 m breiten Pufferstreifen geschützt. Hierauf folgen feuchte Wiesenflächen und ein Buchenwald, die alle ebenfalls nicht von den Bauarbeiten betroffen sind.

### **1.7.5. Derzeitiger Umweltzustand im Vorhabensraum**

#### **a. Naturräume**

Der Standort der Bauschuttdeponie Folkendange liegt in der Wuchsregion „Zentrales Gutland“ in dem Wuchsbezirk „Stegener Gutland“. Es handelt sich um eine schwach hügelige Landschaft zwischen dem Tal der Alzette und dem Tal der Sauer. Der Wuchsbezirk erreicht Höhen zwischen 200 m und 350 m über NN. Die höchste Geländeerhebung in unmittelbarer Nähe der Deponie wird mit 350 m am „Kuelebiert“ erreicht. Der geologische Untergrund wird von dem Steinmergelkeuper km3 gebildet. Steinmergel sind tonige, dichte Dolomite, die bei der Verwitterung aschgraue, schwere, wenig fruchtbare Böden bilden.

Die natürlichen Waldgesellschaften in der Umgebung sind der Waldmeister-Buchenwald (9130), der Traubeneichen-Mischwald und der Stieleichen-Hainbuchenwald.

#### **b. Schutzgebiete**

Das Natura 2000 Gebiet LU0001015 „Vallée de l'Ernz blanche“ befindet sich ca. 2,0 km südöstlich vom Standort für die geplante Überschüttung. Die Schutzzone LU0001011 „Vallée de l'Ernz noire/Beaufort/Berdorf“ ist ca. 3,8 km östlich von dem Deponiestandort entfernt.

Das auszuweisende Schutzgebiet von nationaler Bedeutung „Schondweiler-Seitert/Groëknapp“, befindet sich ca. 1,5 km südwestlich der Deponie.

Eine Beeinträchtigung dieser Schutzgebiete ist aufgrund der Entfernung auszuschließen.

Weitere Schutzgebiete sind nicht betroffen. (siehe auch Plan Nr. 161049-13-7901).

#### **c. Geschützte Biotope (Art. 17 NSG)**

Im nahen Umfeld der geplanten Überschüttung des Deponiegeländes wurden im Rahmen des Offenland-Biotopkatasters extensive Mähwiesen (6510) und Kalk-Trockenrasen (6210) ausgewiesen. Des Weiteren wurden zwei Quellen (BK05), Quellsümpfe (BK11) und Sumpfdotterblumenwiesen (BK10) kartiert.

Südlich der geplanten Überschüttung erstreckt sich eine Feldhecke, die ein geschütztes Biotop nach Art. 17 darstellt.

Das Vorhaben sieht allerdings keinen direkten oder indirekten Eingriff in diese geschützten Biotope vor. Die Standortumgebung ist in Plan Nr. 161049-13-7902) dargestellt.

#### **d. Lebensräume geschützter Arten (Art. 17 / Art. 21 NSG)**

Das Planungsbüro MILVUS wurde im Jahr 2018 beauftragt Detailuntersuchungen auf verschiedene Arten (Vögel, Fledermäuse, Reptilien, Haselmaus, Großer Feuerfalter, Wildkatze) auf dem Areal der Deponie durchzuführen. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden für die geplante Überhöhungsfläche aufgrund der geringen Strukturvielfalt nur eine Bedeutung für verschiedene Vögel festgestellt. Es wurde je ein Revier der Goldammer, Dorngrasmücke und Bluthänfling in der südlichen Feldhecke festgestellt, sowie zwei Reviere der Feldlerche im Grünland.

Ein Teilbereich der Überschüttungsfläche wird zurzeit im Sinne des Rot- und Schwarzmilans bewirtschaftet (kein Dünger, keine Insektizide/Rodentizide, kein Mulchen, Streifenmähd, Anlegung von Altgrasstreifen). Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme, die 2017 vom Umweltministerium gefordert wurde, um den Verlust der landwirtschaftlichen Flächen während den Verfüllungsarbeiten im südlichen Teil der Deponie auszugleichen (Réf. MDDI: 85707). Nach Abschluss dieser Verfüllungsarbeiten entfällt diese Maßnahme wiederum. Die Untersuchungen von MILVUS im Jahr 2018 haben allerdings ergeben, dass die beiden Milanarten, das Areal der Deponie nicht regelmäßig/intensiv zur Jagd aufsuchen, weswegen ein weiterer Ausgleich für das vorliegende Vorhaben nicht zu leisten ist.

In den naturschutzfachlichen Stellungnahmen des Planungsbüros MILVUS vom Februar 2019 und Oktober 2019 wurden folgende Vermeidungsmaßnahmen aufgelistet:

- Zwingender Erhalt der südlich gelegenen Heckenreihe inklusive eines Puffers von mind. 3 Metern zur Sicherung der Vorkommen von Goldammer, Dorngrasmücke und Bluthänfling;
- Bezüglich der Feldlerche gilt, dass erst mit dem Auffüllen der hier behandelten Fläche begonnen wird, wenn der Betrieb auf der aktuellen sich ca. 500 Meter südlich befindlichen Deponie-Fläche beendet ist und die Fläche wieder angesät wurde;
- Nach Beendigung der Betriebsphase erneute Einsaat der Fläche mit hochwertigem artenreichem regionalem Saatgut mit anschließender extensiver Bewirtschaftung der Fläche.

Bei Einhaltung der aufgeführten Maßnahmen wird eine Beeinträchtigung nach Artikel 17 und 21 des Luxemburger Naturschutzgesetzes nicht prognostiziert.

Die beiden Gutachten befinden sich in der Anlage.

#### **e. Trinkwasserschutzgebiete**

Die nächsten Trinkwasserschutzgebiete befinden sich ca. 3,0 km bis 3,5 km vom Standort der Deponie entfernt. Es liegt keine Betroffenheit durch das Vorhaben vor (siehe Plan Nr. 161049-13-7903).



#### **f. Oberflächengewässer**

Südöstlich der geplanten Überschüttung befindet sich im Tiefpunkt der Talmulde des Projektgebiets ein nur periodisch wasserführender Graben, der östlich des Altdeponiestandorts in den *Brücherbaach* übergeht. Der *Brücherbaach* mündet in die *Ernz Blanche*. Andere Oberflächengewässer sind durch das Vorhaben nicht betroffen (siehe Plan Nr.161049-13-7903).

#### **g. Hochwasserrisiko**

Der Standort ist nicht in den Hochwassergefährdungskarten bzw. Hochwasserrisikokarten aufgeführt.

Aufgrund des Abstands des Standorts zum Graben und der nur periodischen Wasserführung des Gerinnes ist nicht mit Überschwemmungen des Standortgeländes zu rechnen.

## **1.8. Potentiell betroffene Schutzgüter und relevante Wirkfaktoren**

### **1.8.1. Baubedingte Wirkungen**

Die Inertstoffdeponie Folkendange soll auf einer Fläche von ca. 12 ha weiter verfüllt werden. Die geplante Überschüttung findet auf dem Betriebsgelände der Altdeponie statt. Als Ablagerungsfläche dienen die rekultivierten und wieder landwirtschaftlich genutzten Flächen im nördlichen Bereich der Altdeponie. Auf der Alt- und Neudeponie wird nicht gleichzeitig gearbeitet.

Die Bauarbeiten auf dem Projektgelände sind temporär und befristet. Die eigentliche Bauphase beschränkt sich auf die vorbereitenden Arbeiten für den geplanten Einbau des anzuliefernden Bodenmaterials d.h. das Abschieben und Zwischenlagern des Oberbodens und die sich an die Verfüllung anschließende phasenweise Rekultivierung. Die für den Deponiebetrieb notwendigen Infrastrukturen können von der Altdeponie übernommen werden. Lediglich die geplanten Absetzbecken und die Gräben für die Oberflächenwasserableitung während den Bauphasen müssen neu angelegt werden. Sie werden zusammen mit den Infrastruktureinrichtungen nach dem Abschluss der Verfüllarbeiten zurückgebaut und rekultiviert.

Im Rahmen der Neuverfüllung werden neben dem Materialtransport und den Abschüttvorgängen hauptsächlich Erdarbeiten und Verdichtungsarbeiten stattfinden.

Durch geplante Überschüttung der Altdeponie soll ein zusätzliches Deponievolumen von ca. 500.000 m<sup>3</sup> geschaffen werden. Die Verfüllarbeiten sollen in 5 Phasen über einen Zeitraum von 3 Jahren erfolgen. Die Verfüllung erfolgt phasenweise. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist hierbei die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird. Durch diese Maßnahme kann die offene Deponiefläche und die von ihr ausgehenden Windverwehungen und Abschwemmungen reduziert werden. Des Weiteren können nach dem Abschluss der Begrünungsmaßnahmen die ehemaligen Verfüllbereiche wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Durch die Baumaßnahme entstehen keine schwerwiegenden Eingriffe in die Umwelt. Für die Dauer der Bauarbeiten können jedoch potenzielle Beeinträchtigungen durch Lärm, Vibrationen und Staubemissionen nicht ganz ausgeschlossen werden.

Die naturschutzfachlichen Stellungnahmen des Planungsbüros MILVUS vom Februar 2019 und Oktober 2019 haben ergeben, dass bei der Einhaltung der aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen, durch die geplante Überhöhung der Altdeponie keine Beeinträchtigungen nach Artikel 17 und 21 des Luxemburger Naturschutzgesetzes prognostiziert werden. Durch das geplante Vorhaben werden keine vorhandenen schutzwürdigen Arten und Lebensräume beeinträchtigt. Die Gutachten befinden sich in der Anlage.

Beeinträchtigungen der Bevölkerung der nächstgelegenen Wohngebiete sind für die Dauer der Verfüllarbeiten ebenfalls auszuschließen. Der Deponiebetreiber hat beim TÜV Rheinland und bei dem Ingenieurbüro für Meteorologie und technische Ökologie Studien zu dem Impact, der durch die geplanten Aktivitäten auf dem Anlagengelände verursacht werden kann, durchführen lassen. Durch die

Gutachten wurde nachgewiesen, dass die durch die Arbeiten für die Verfüllung hervorgerufenen Staub- und Geräuschemissionen keine erheblichen, unzumutbaren Auswirkungen oder Gefahren für die umliegende Wohnbevölkerung und die sonstige Umwelt haben werden. Die Gutachten befinden sich in der Anlage.

Mit der Durchführung der Bauarbeiten ergeben sich keine spezifischen bzw. unüblichen Risiken für Mensch und Tier. Der Impact durch die Verfüllung ist zeitlich begrenzt und wird nach der Fertigstellung der Arbeiten entfallen.

### **1.8.2. Anlagenbedingte Wirkungen**

Der Standort für die geplante Neuverfüllung wird bereits als Inertstoffdeponie genutzt. Der Deponiebetreiber plant das Ablagerungsvolumen der Anlage um 500.000 m<sup>3</sup> zu erhöhen. Auf einem ca. 12 ha großen Bereich des bestehenden Deponiekörpers ist eine Erhöhung um mehrere Meter vorgesehen. Dabei beträgt die zusätzliche Auffüllung in den Randbereichen lediglich wenige Meter, wohingegen im Bereich des zukünftigen Hochpunkts das aktuelle Gelände um bis zu 12 m überdeckt werden soll. Die stärkste Böschungsneigung liegt bei ca. 20%. Um die Standsicherheit für die geplanten Böschungen zu garantieren wurde das Grundbaulabor Trier beauftragt exemplarische Böschungs- bzw. Geländebruchuntersuchungen durchzuführen. Nach den Vorliegenden Berechnungsergebnissen ist bei einer fachgerechten Arbeitsweise im Aufbau des Deponiekörpers und einem angemessenen Umgang mit Bodenmassen ungünstiger Konsistenz die generelle Standsicherheit der geplanten Böschungen gegeben. Aus geotechnischen Gesichtspunkten bestehen daher keine Bedenken gegen die in der Planung angesetzten Neigungen. Die geotechnische Stellungnahme zur Beurteilung der Böschungsstandsicherheit befindet sich in der Anlage.

Durch die Beibehaltung des Standorts können die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen übernommen werden. Die Infrastrukturen der bestehenden Deponie werden weiter genutzt. Sie umfassen ca. 1,3 ha. Diese Flächen werden nach Abschluss der Verfüllarbeiten zurückgebaut und rekultiviert. Die Verfüllung erfolgt phasenweise. Zur funktionsgerechten Wiedereingliederung der Ablagerungsflächen in den Naturhaushalt sollen möglichst bald nach Abschluss jeder Phase Maßnahmen zur Initiierung einer standorttypischen Vegetation in Gang gesetzt werden. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist hierbei die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird. Nach dem Abschluss der Begrünungsmaßnahmen sollen die Erweiterungsflächen wieder landwirtschaftlich als Wiese genutzt werden. Die Nutzung des Geländes als Bauschuttdeponie ist temporär und befristet. Die Deponierung soll in 3 Jahren abgeschlossen sein. Danach ist die Deponiefläche wieder vollständig rekultiviert. Der zusätzliche Verbrauch natürlicher Ressourcen ist als gering einzustufen.

Die Erweiterung ist ausschließlich für die auf der bestehenden Deponie bereits zugelassenen Abfallarten geplant. Abgelagert werden darf nur unverschmutztes, inertes Aushubmaterial, das nicht anderwärtig verwendet werden kann. Als chemisch inert bezeichnet man Substanzen, die unter den sich jeweilig ergebenden Bedingungen mit potenziellen Reaktionspartnern (Luft, Wasser) nicht oder nur in verschwindend geringem Maße reagieren. Das abgelagerte Material unterliegt keinen wesentlichen

physikalischen, chemischen oder biologischen Veränderungen. Von den ordnungsgemäß abgelagerten Inertstoffen geht keine Gefahr für die Umwelt aus.

Für den Standort ist ein Monitoring und Analysenprogramm an 3 Pegeln vorgesehen.

Gefahren für die Gesundheit der Menschen durch nachhaltige Auswirkungen auf das Trinkwasser sind ebenfalls nicht zu erwarten. Die nächsten Trinkwasserschutzgebiete befinden sich ca. 3,0 km bis 3,5 km vom Standort der Deponie entfernt. Es liegt keine Betroffenheit durch das Vorhaben vor.

### **1.8.3. Betriebsbedingte Wirkungen**

Im geplanten Erhöhungsbereich werden wie in der bereits bestehenden Deponie nur Bodenaushub und Baureststoffe zur Verfüllung eingesetzt, die unbelastet sind und nicht zu einer schädlichen Verunreinigung des Grundwassers oder einer nachhaltigen Veränderung seiner Eigenschaften führen. Schadstoffbelastete Baureststoffe dürfen nicht abgelagert werden. Um dies auszuschließen werden die angelieferten Bauschuttmassen einer laufenden Kontrolle unterzogen. Im Zufahrtsbereich wird jede Anlieferung einer Eingangskontrolle unterzogen. Vor dem Einbau findet dann noch eine Schüttkontrolle statt. Belastetes Material wird von inertem Material getrennt und auf der Lagerfläche für zweifelhafte Abfälle bis zu einer ordnungsgemäßen Entsorgung zwischengelagert.

Die derzeitige Betriebsweise der Deponie und die Betriebszeiten bleiben unverändert. Die Anlieferung des Materials erfolgt werktags (Mo.-Fr.) von 08:00 – 17:00 Uhr. Die Anzahl der Lieferungen liegt laut Betreiber bei maximal 126 Lkw pro Tag. Dies entspricht einer täglichen Annahme von ca. 1.400 m<sup>3</sup> Material.

Der Deponiebetreiber hat beim TÜV Rheinland und dem Ingenieurbüro für Meteorologie und technische Ökologie Studien zu den vom weiteren Betrieb der Bauschuttdeponie hervorgerufenen Immissionen von Stäuben und Geräuschen durchführen lassen. Durch die Gutachten wurde nachgewiesen, dass die durch die Verfüllarbeiten und den weiteren Betrieb der Brecheranlage hervorgerufenen Staub- und Geräuschemissionen keine erheblichen, unzumutbaren Auswirkungen oder Gefahren für die umliegende Wohnbevölkerung und die sonstige Umwelt haben werden, wenn der Betrieb bestimmungsgemäß erfolgt. Die technischen Details der Gutachten wurden mit der Administration de l'Environnement abgestimmt. Die Gutachten befinden sich in der Anlage.

Um den Eintrag von Bodenpartikeln aus der offenen Deponiefläche in die benachbarten Feuchtgebiete und den Vorfluter zu verhindern, ist für die Verfüllfläche ein temporäres Absetzbecken (Schlammteich) vorgesehen in dem das Niederschlagswasser von den offenen Deponieflächen gesammelt wird. Erst von diesem Becken aus wird das Oberflächenwasser über einen Überlauf in einen parallel zur C.R. 356 verlaufenden Entwässerungsgraben und dann in den *Brücherbaach* geleitet. Die geplante Oberflächenentwässerung ist im Plan Nr. 161049-012003 b dargestellt.

Die Zwischenlagerfläche für zweifelhafte Abfälle mit der Tankfläche wurde an eine Abscheideanlage angeschlossen. Aufgrund der erhöhten Anforderungen im Ablaufwasser (Kohlenwasserstoffkonzentration  $\leq 10$  mg/l) wurde ein Koaleszenzabscheider eingebaut. Das Oberflächenwasser wird

nach dem Stand der Technik gereinigt, so dass es unbedenklich in den Entwässerungsgraben geleitet werden kann.

Die Deponienutzung ist temporär und befristet. Nach dem Abschluss der Deponierung sollen die Ablagerungsflächen wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Ein ökologisches Risiko durch den Betrieb der Deponie liegt bei einem ordnungsgemäßen Betriebsablauf nicht vor. Schädliche Umweltauswirkungen durch Luftverunreinigungen oder Lärm sind nicht zu erwarten. Durch Gutachten wurde nachgewiesen, dass weder durch die von dem Betrieb der Deponie noch die von dem Brechwerk ausgehenden Staub- und Geräuschemissionen zu erheblichen oder unzumutbaren Auswirkungen oder Gefahren für die umliegende Wohnbevölkerung und die sonstige Umwelt führen werden.

## **2. PRÜFUNG DES GEPLANTEN VORHABENS AUF UVP-PFLICHT**

Die geplante Weiterverfüllung der Altdeponie findet auf dem Teilbereich einer Anlage statt, die nach dem modifizierten Gesetz vom 10. Juni 1999 *relative aux établissements classés* (Commodo-Incommodo Gesetz) genehmigungspflichtig ist. Darüber hinaus handelt es sich um ein Vorhaben, für das nach dem EIE-Gesetz vom 15. Mai 2018 fallbezogen eine Umwelt-Verträglichkeits-Prüfung von der zuständigen Behörde durchgeführt werden kann.

Die Prüfkriterien anhand derer die zuständige Behörde im Rahmen einer Einzelfalluntersuchung über die Notwendigkeit einer Umwelt-Verträglichkeitsprüfung zu entscheiden hat, sind im Anhang I des EIE-Gesetzes vom 15. Mai 2018 festgelegt.

Die Klärung der Frage, ob für das Vorhaben eine UVP durchgeführt werden muss oder ob diese unterbleiben kann wird in den folgenden Kapiteln untersucht. Die Untersuchungen beschränken sich auf die Sichtung und Beurteilung der vorliegenden Planungsunterlagen, Fachpläne, Gutachten usw. Als Methode wird die verbal-argumentative Beurteilung angewendet.

### **2.1. Projektanalyse**

Die Prüfkriterien der folgenden Tabelle sind im Anhang I unter Punkt 1 des EIE-Gesetzes vom 15. Mai 2018 festgelegt. In der linken Spalte sind die Prüfkriterien aufgeführt und in der rechten Spalte werden die Ergebnisse der durchgeführten Analyse dargestellt.

**Tab. 3 : Merkmale des Vorhabens.**

<b>Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 1. Anhang I zum EIE Gesetz</b>	<b>Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen</b>
<b>2.1.1. Art und Größe des Vorhabens</b>	<p>Die geplante Erhöhung der Altdeponie findet auf dem Betriebsgelände der bestehenden Bauschuttdeponie statt. Die Grundfläche der Altanlage von ca. 44 ha wird nicht weiter vergrößert, lediglich eine Fläche von ca. 12 ha des bestehenden Ablagerungsbereichs soll weiter verfüllt werden. Durch die geplante Überschüttung der Altdeponie soll ein zusätzliches Deponievolumen von ca. 500.000 m<sup>3</sup> geschaffen werden. Die geplanten Schütthöhen liegen im Mittel bei 6 m bis 8 m. Die maximale Schütthöhe beträgt 12 m. Die Bauarbeiten sollen in 5 Phasen über einen Zeitraum von insgesamt 3 Jahren erfolgen. In jeder Phase sollen zwischen 27.000 m<sup>3</sup> und 148.000 m<sup>3</sup> inertes Material verfüllt werden. Die Infrastruktureinrichtungen der bestehenden Deponie von ca. 1,3 ha werden weiter genutzt. Müsste an anderer Stelle eine neue Bauschuttdeponie errichtet werden, wäre der Flächenverbrauch hierbei um ein deutliches höher, da alle Infrastruktureinrichtungen neu errichtet werden müssten und nicht wie am Standort Folkendange, bestehende Anlagenbestandteile weiter benutzt werden könnten. Ein zusätzlicher Flächenverlust für die Erhöhung des Ablagerungsvolumens findet nicht statt.</p> <p>Räumlich betrachtet beschränkt sich das Vorhaben auf die bereits genutzten und überprägten Bereiche der alten Inertstoffdeponie.</p>
<b>2.1.2. Zusammenwirkung mit anderen Vorhaben</b>	<p>In der Gemeinde Folkendange stehen zurzeit keine weiteren größeren Projekte an, die zu kumulativen Effekten führen könnten und in einer Umwelt-Verträglichkeits-Untersuchung berücksichtigt werden müssten und/oder, eine Umwelt-Verträglichkeits-Prüfung nach sich ziehen würden.</p>
<b>2.1.3. Nutzung und Gestaltung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Boden, Natur und Landwirtschaft)</b>	<p>Die Nutzung natürlicher Ressourcen ist differenziert für die Bau- und für die Betriebsphase zu betrachten, da diese sich sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht unterscheiden:</p> <p>Da die durchzuführenden Bauarbeiten lediglich einen geringen Umfang haben und ausschließlich allgemein übliche Verfahren zum Einsatz kommen, wird vorhabenbezogen nicht mit so erheblichen Auswirkungen in der Bauphase gerechnet, als dass diese einer detaillierten Untersuchung bedürften. Die geplante Erhöhung findet auf den ehemaligen Ablagerungsflächen der bestehenden Deponie statt. Der Flächenverbrauch bleibt auf die derzeit rekultivierten, bereits überprägten Bereiche der alten Deponie beschränkt. Mit erheblichen Auswirkungen ist hier nicht zu rechnen.</p>

Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 1. Anhang I zum EIE Gesetz	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
	<p>Relevante Wirkungen werden nur in der Betriebsphase erwartet. Diese beschränken sich im Wesentlichen auf den Verbrauch von elektrischer Energie für den Bercher und den Bedarf an Diesel für die Baumaschinen und den Transport von Material durch Lastkraftwagen und Radlader sowie Trinkwasser für den Sanitärbereich. Das für die Reifenwaschanlage verwendete Wasser wird mehrfach recycelt. Diese Inanspruchnahme ist in qualitativer Hinsicht als unproblematisch zu bezeichnen, in quantitativer Hinsicht als nicht erheblich.</p>
<b>2.1.4. Abfallerzeugung</b>	<p>Im Zuge der Baumaßnahme ist nur von geringen Mengen von Baustellenabfällen auszugehen, die vor allem beim Rückbau der bestehenden Infrastruktureinrichtungen nach Abschluss der Deponiearbeiten anfallen werden. Sie werden recycelt bzw. einer getrennten Verwertung bzw. Entsorgung zugeführt.</p> <p>In der Betriebsphase fallen ebenfalls nur geringe Mengen an Abfällen an. Die, durch die auf der Bauschuttdeponie stattfindenden Arbeitsabläufe, anfallenden Abfallmengen sind in quantitativer Hinsicht unbedeutend. Die Abfälle werden entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen entsorgt bzw. wiederverwertet.</p>
<b>2.1.5. Umweltverschmutzung und Belästigungen</b>	<p>Die Abschätzung der voraussichtlichen Emissionen wird differenziert nach Bau- und Betriebsphase der Bauschuttdeponie sowie auf die zu betrachtenden Schutzgüter und Umweltbereiche.</p> <p>Der Impakt durch die Baumaßnahme selbst ist zeitlich begrenzt und wird nach der Fertigstellung der Arbeiten entfallen. Die Arbeiten sind gewöhnlicher Natur und beinhalten keine besonderen Risiken. Es ist nicht von der Präsenz belasteter Erdmassen oder Bauschadstoffen auszugehen, die besondere Maßnahmen erforderlich machen würden. Erhebliche Auswirkungen sind in der Bauphase nicht zu erwarten. Eine detaillierte Untersuchung erscheint unseres Erachtens nicht notwendig.</p> <p>Relevante Wirkungen sind nur in der Betriebsphase zu erwarten. Sie beschränken sich jedoch auf das Wohlbefinden des Menschen und das Klima. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist hierbei die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird. Durch diese Maßnahme kann die offene Deponiefläche und die von ihr ausgehenden Lärm- und Staubemissionen reduziert werden. Informationen über mögliche Lärm- und Staubemissionen durch die Altdeponie liegen nicht vor. Die geplante Erhöhung stellt kein Hindernis für den Kaltluftabfluss und für die Durchlüftungsverhältnisse dar. Die Grundfläche der Altanlage wird nicht vergrößert. Es finden keine Auswirkungen auf das Klima am Standort bzw. im Standortbereich statt. Die Gesamtbelastung durch das Vorhaben bleibt gering.</p>



Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 1. Anhang I zum EIE Gesetz	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
	<p>Die Bauschuttdeponie wird nach den geltenden Vorschriften von Fachpersonal betrieben. Der Stand der Technik wird eingehalten. Die Auswirkungen des Vorhabens werden sich innerhalb der gesetzlichen Normen bewegen.</p>
<p><b>2.1.6. Unfallrisiko insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien</b></p>	<p>Die geplanten Arbeiten sind sowohl in der Bauphase als auch in der Betriebsphase von gewöhnlicher Natur und weisen keine unüblichen Arbeiten mit einem besonders erhöhten Unfallrisiko auf. Dasselbe gilt auch für die verwendeten Geräte Anlagen und Baumaschinen. Es werden nur allgemein übliche Maschinen, Materialien und Verfahren eingesetzt.</p> <p>Bei einer fachgerechten Arbeitsweise im Aufbau des Deponiekörpers und einem angemessenen Umgang mit Bodenmassen ungünstiger Konsistenz sowie einem ordnungsgemäßen Betrieb des Brechwerks sind keine besonderen Unfallrisiken für die natürliche oder für die menschliche Umwelt zu erwarten.</p> <p>Die seitens des Betreibers vorgesehenen spezifische Maßnahmen werden als ausreichend angesehen, um einen hinreichenden Schutz der Arbeitnehmer, aber auch von Dritten sowie der Umwelt im Normalbetrieb, aber auch im Falle eines Unfalls sicherzustellen. Dominoeffekte sind nicht zu erwarten und können mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Standort der Bauschuttdeponie liegt nicht in einer Überschwemmungszone. Die Gefahr von Überschwemmungen kann ausgeschlossen werden.</p>
<p><b>2.1.7. Risiken für die menschliche Gesundheit</b></p>	<p>Belästigungen und Gesundheitsgefährdungen sind bei einer ordnungsgemäßen Durchführung der Arbeiten für die geplante Erhöhung der Bauschuttdeponie und den Betrieb des Brechers nicht zu erwarten.</p>

## 2.2. Raumanalyse

Die Prüfkriterien der folgenden Tabelle sind in Anhang I unter Punkt 2 des EIE-Gesetzes vom 15. Mai 2018 festgelegt. In der linken Spalte sind die Prüfkriterien aufgeführt und in der rechten Spalte werden die Ergebnisse der durchgeführten Analyse dargestellt.

**Tab. 4 :** Standort des Vorhabens.

<b>Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 2. Anhang I zum EIE Gesetz</b>	<b>Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen</b>
<b>2.2.1. Nutzungskriterien</b>	<p>Der Standort für die geplante Neuverfüllung wird bereits als Inertstoffdeponie genutzt. Das betrachtete Vorhaben findet auf der bestehenden Deponie statt. Durch die Beibehaltung des Standorts können die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen übernommen werden.</p> <p>Die nächstgelegenen Wohngebäude liegen in unmittelbarer Nähe der Deponie östlich der neuen Ablagerungsfläche. Die nächstgelegenen Wohngebäude innerhalb einer geschlossenen Siedlung befinden sich nordöstlich der Deponie in der Ortslage von Folkendange. Das weitere Umfeld wird landwirtschaftlich genutzt.</p> <p>Durch das geplante Vorhaben findet keine relevante Beeinflussung der vorhandenen Landnutzung im näheren und weiteren Umfeld des Standortes statt.</p> <p>Vorhabensbedingte Veränderungen sind nicht zu erwarten, da das Baufeld für die geplante Erhöhung bereits als Bauschuttdeponie genutzt wird. Mit einem Überschreiten der Erheblichkeitsschwelle ist nicht zu rechnen. Ein erheblicher Impakt auf die jeweiligen Schutzgüter ist auszuschließen.</p>

Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 2. Anhang I zum EIE Gesetz	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
<b>2.2.2. Qualitätskriterien</b>	<p>Durch das geplante Vorhaben wird sich die Landnutzung auch im erweiterten Umfeld der Bauschuttdeponie nicht in relevantem Umfang verändern. Natürliche Ressourcen werden durch die Nutzung des bestehenden Deponieflächen als Ablagerungsbereich nur in geringem Umfang in Anspruch genommen. Es ist deshalb nicht davon auszugehen, dass Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen von dem Vorhaben betroffen sind und in Mitleidenschaft gezogen bzw. verringert werden.</p> <p>Die Infrastruktureinrichtungen der bestehenden Deponie von ca. 1,3 ha werden weiter genutzt. Müsste an anderer Stelle eine neue Bauschuttdeponie errichtet werden, wäre der Verbrauch von Ressourcen hierbei um ein deutliches höher, da alle Infrastruktureinrichtungen neu errichtet werden müssten und nicht wie am Standort Folkendange, bestehende Anlagenbestandteile weiter benutzt werden könnten. Ein zusätzlicher Verbrauch natürlicher Ressourcen für die Erhöhung des Ablagerungsvolumens findet nicht statt. Aus abfallwirtschaftlicher Sicht ist die geplante Erhöhung des Ablagerungsvolumens auf einem Altstandort ein Beitrag zur umweltverträglichen Ablagerung von nicht verwertbaren Inertstoffen und zur Sicherstellung des regionalen und ortsnahe Entsorgungsangebots für Inertstoffe.</p>
<b>2.2.3. Schutzkriterien</b>	
<b>a. Feuchtgebiete</b>	<p>Im nahen Umfeld der geplanten Überschüttung des Deponiegeländes wurden im Rahmen des Offenland-Biotopkatasters zwei Quellen (BK05), Quellsümpfe (BK11) und Sumpfdotterblumenwiesen (BK10) kartiert. Das Vorhaben sieht allerdings keinen direkten noch indirekten Eingriff in diese geschützten Biotope vor. Um den Eintrag von Bodenpartikeln aus der offenen Deponiefläche in die benachbarten Feuchtgebiete und den Vorfluter zu verhindern, ist für die Verfüllfläche ein temporäres Absetzbecken (Schlammteich) vorgesehen in dem das Niederschlagswasser von den offenen Deponieflächen durch einen Graben am Fuß der geplanten Auffüllung gesammelt wird. Von diesem Becken aus wird das Oberflächenwasser über einen Überlauf in einen parallel zur C.R. 356 verlaufenden Entwässerungsgraben und dann in den <i>Brücherbaach</i> geleitet.</p>
<b>b. Küstengebiete</b>	<p>Es liegt keine Betroffenheit vor.</p>

Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 2. Anhang I zum EIE Gesetz	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
<b>c. Bergregionen und Waldgebiete</b>	Für Bergregionen liegt keine Betroffenheit vor. Der Standort befindet sich nicht in einem solchen Gebiet. Die nächsten größeren Waldbestände sind ca. 600 m ( <i>Eechebësch</i> ) bis ca. 750 m ( <i>Wéssert</i> und <i>Seitert</i> ) von der Bauschuttdeponie entfernt. Im Hinblick auf das geplante Vorhaben gibt es keinen Wirkpfad, der zu einer Beeinträchtigung dieser Flächen führen könnte.
<b>d. Naturparke</b>	Es liegt keine Betroffenheit vor.
<b>e. Schutzgebiete</b>	Das Natura 2000 Gebiet LU0001015 „Vallée de l'Ernz blanche“ befindet sich ca. 2,0 km südöstlich vom Standort für die geplante Überschüttung. Das Habitatgebiet LU0001011 „Vallée de l'Ernz noire/Beaufort/Berdorf“ ist ca. 3,8 km östlich von dem Deponiestandort entfernt. Das auszuweisende Schutzgebiet von nationaler Bedeutung „Schondweiler-Seitert/Groëknapp“, befindet sich ca. 1,5 km südwestlich der Deponie. Eine Beeinträchtigung dieser Schutzgebiete ist aufgrund der Entfernung auszuschließen. Weitere Schutzgebiete sind durch das Vorhaben nicht betroffen.
<b>f. Gesetzlich geschützte Biotope</b>	Im nahen Umfeld der geplanten Überschüttung des Deponiegeländes wurden im Rahmen des Offenland-Biotopkatasters extensive Magerwiesen (6510) und Kalk-Trockenrasen (6210) ausgewiesen. Des Weiteren wurden zwei Quellen (BK05), Quellsümpfe (BK11) und Sumpfdotterblumenwiesen (BK10) kartiert. Südlich des Auffüllbereichs erstreckt sich eine Feldhecke. Hier wird ein Abstand von ca. 3 m vorgesehen, um Beeinträchtigungen auf dieses Gehölz, das auch als Brutstätte für Goldammer, Bluthänfling und Dorngrasmücke ist, zu vermeiden. Das Vorhaben sieht keinen Eingriff in diese geschützten Biotope vor. Es liegt weder eine direkte noch indirekte Betroffenheit vor.
<b>g. Trinkwasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete</b>	Weder Trinkwasserschutzgebiete noch Überschwemmungsgebiete sind im Vorhabensbereich ausgewiesen. Es liegt keine Betroffenheit vor.
<b>h. Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind</b>	Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, gibt es nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht.

Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 2. Anhang I zum EIE Gesetz	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
i. <b>Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte</b>	Im Standortbereich der Bauschuttdeponie Folkendange befinden sich keine Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte. Bei dem Gebiet handelt es sich um einen eher ländlich geprägten Raum. Es liegt keine relevante Vorbelastung der Natur, respektive der Bevölkerung vor, welche im Hinblick auf das geplante Vorhaben begrenzend wirken könnte.
j. <b>Denkmale, Bodendenkmale oder archäologisch bedeutende Landschaften</b>	Am Standort und in seiner näheren Umgebung sind keine Denkmäler, Denkmalensembels, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der zuständigen Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind, vorhanden.

## 2.3. Wirkungsanalyse

Die Prüfkriterien in der folgenden Tabelle sind im Anhang I unter Punkt 3 des EIE-Gesetzes vom 15.05.2018 festgelegt. In der linken Spalte sind die Prüfkriterien aufgeführt und in der rechten Spalte werden die Ergebnisse der durchgeführten Analyse dargestellt.

**Tab. 5 :** Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen.

<b>Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 3, Anhang I des EIE-Gesetzes</b>	<b>Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen</b>
<b>Bewertung der möglichen Umweltauswirkungen:</b>	
<b>2.3.1. Art und Ausmaß der Auswirkungen</b>	<p>Aufgrund der geringen Ausdehnung des neuen Ablagerungsbereichs wirkt sich das geplante Vorhaben tendenziell nur auf das Standortgelände und das nahe Umfeld des Standortes aus. Eine Ausnahme hiervon bilden die Wirkungen auf das Landschaftsbild und auf Oberflächengewässer. Sie haben weitreichenderen Charakter.</p> <p>Durch die bereits in der Planung für das Vorhaben vorgesehenen Minimierungsmaßnahmen und Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Naturraum ist von relevanten Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild nicht zu ausgehen.</p> <p>Die Gewässerqualität des <i>Brücherbaach</i> wird sich durch die geplante Neuverfüllung nicht verschlechtern. Es wird nur unbelasteter Bodenaushub und Bauschutt verfüllt werden. Durch die Anlage eines temporären Absetzbeckens (Schlammteich) erfolgt kein Sedimenteintrag in den Vorfluter. Das Oberflächenwasser wird über eine Rückhaltung zur Vorflut gegeben. Beeinträchtigungen des Gewässers werden damit vermieden. Für das Schutzgut Wasser sind keine relevanten Auswirkungen durch das Vorhaben zu erwarten.</p> <p>Von Beeinträchtigungen für die benachbarten Ortschaften durch ein gegebenenfalls erhöhtes Verkehrsaufkommen ist durch die Weiterführung der Verfüllung ebenfalls nicht auszugehen, da mit den Arbeiten für die Neuverfüllung erst nach dem Abschluss der Arbeiten auf der Altdeponie begonnen wird. Es wird keine Änderung des bisherigen Deponiebetriebs erfolgen (d.h. Erhöhung der zum Einsatz kommenden Fahrzeuge und Gerätschaften).</p>
<b>2.3.2. Grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen</b>	<p>Aufgrund der grenzfernen Lage der Bauschuttdeponie und der geringen Größe des neuen Ablagerungsbereichs ist von einem grenzüberschreitenden Charakter nachteiliger Umweltauswirkungen nicht auszugehen. Grenzüberschreitende Auswirkungen des Vorhabens können ausgeschlossen werden.</p>
<b>2.3.3. Schwere und Komplexität der Auswirkungen</b>	<p>Vorhabensbedingt ist nur mit geringfügigen Umweltauswirkungen zu rechnen, die nicht schwer wiegen und nicht komplex sind. Wechselwirkungen mit anderen Umweltgütern liegen nicht vor. Schwere und komplexe, nachhaltige Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.</p>

Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 3, Anhang I des EIE-Gesetzes	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
<b>2.3.4. Wahrscheinlichkeit der Auswirkungen</b>	Alle Auswirkungen sind anlagenbedingt bzw. baubedingt. Der Betrieb und alle auf der Deponie anfallenden Arbeiten werden von Fachpersonal durchgeführt, so dass bei einer fachgerechten Arbeitsweise und einem bestimmungsgemäßen Betrieb keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten sind. Von der bestehenden Deponie liegen keine Angaben über Beeinträchtigungen vor.
<b>2.3.5. Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen</b>	Die bau- und betriebsbedingten Auswirkungen sind temporär und werden nach dem Abschluss der Verfüllarbeiten entfallen. Die Verfüllung erfolgt phasenweise. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist hierbei die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird. Durch diese Maßnahme kann die offene Deponiefläche und die von ihr ausgehenden Windverwehungen und Abschwemmungen reduziert werden. Der Normalbetrieb ist mit kontinuierlichen Emissionen verbunden, die gut zu quantifizieren sind. Behördliche Auflagen stellen sicher, dass diese ein zulässiges Maß nicht überschreiten. Nicht abschätzbare Auswirkungen, insbesondere solche, die zu relevanten, langfristigen oder gar nachhaltigen Beeinträchtigungen der menschlichen oder der natürlichen Umwelt führen könnten, sind nicht zu erwarten.
<b>2.3.6. Zusammenwirken der Auswirkungen mit bestehenden oder zugelassenen Vorhaben</b>	In der Gemeinde Folkendange stehen zurzeit keine größeren Projekte an. Ein Zusammenwirken mit Umweltauswirkungen von anderen Vorhaben im Umfeld des Standortes ist deshalb auszuschließen. Der durch die Neuverfüllung verursachte Anlieferverkehr geht über dieselben örtlichen und überörtlichen Straßen, wie der Verkehr zur Altdeponie, ohne das gesamte Verkehrsaufkommen maßgeblich zu erhöhen. Die Arbeiten auf der Altdeponie sind bis zum Beginn der Neuverfüllung abgeschlossen.

Prüfkatalog-Kriterien gemäß Punkt 3, Anhang I des EIE-Gesetzes	Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen
<p><b>2.3.7. Maßnahmen mit denen Auswirkungen des Vorhabens verringert oder vermieden werden können</b></p>	<p>Die Erhöhung des Ablagerungsvolumens der bestehenden Bauschuttdeponie wirkt sich nur auf das nahe Umfeld des Standortes aus. Bereits im Rahmen der Planung wurden Vorkehrungen getroffen, mit denen erhebliche Umweltauswirkungen ausgeschlossen werden können.</p> <p>Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild können durch die gewählten flachen Hangneigungen, den flach ausgezogenen Böschungsfuß und die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird, minimiert werden.</p> <p>Der Erhalt, der die Altanlage umgebenden Gehölz- und Heckenstrukturen trägt, zusammen mit der anschließenden landwirtschaftlichen Nutzung als Wiese ebenfalls zur Wiedereingliederung des rekultivierten Deponiegeländes in das Landschaftsbild bei. Der Erhalt und Schutz der südlich der neuen Ablagerungsfläche gelegenen Heckenreihe ist wichtig zur Sicherung der Vorkommen von Goldammer, Dorngrasmücke und Bluthänfling.</p> <p>Um den Eintrag von Bodenpartikeln in den Vorfluter bzw. die angrenzenden Feuchtgebiete zu verhindern, ist für die neue Ablagerungsfläche ein temporäres Absetzbecken (Schlammteich) vorgesehen, in dem das Niederschlagswasser von den offenen Deponieflächen gesammelt wird. Erst von diesem Becken aus wird das Oberflächenwasser über einen Überlauf in einen Graben und dann in den Vorfluter geleitet.</p> <p>Mit diesen Maßnahmen wird das Maß der zu erwartenden nachteiligen Umweltauswirkungen soweit verringert, dass die Schwelle der Erheblichkeit nicht erreicht wird.</p>



### **3. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES VORHABENS**

Die Firma GEDECA S.A.R.L. plant das Volumen der bestehenden Inertstoffdeponie in Folkendange zu erhöhen. Die Deponie wird seit 2001 betrieben und wurde 2017 um ca. 14 ha erweitert. Das zusätzliche genehmigte Deponievolumen betrug ca. 500.000 m<sup>3</sup>. Nach dem aktuellen Verfüllstand sind noch ca. 86.000 m<sup>3</sup> Ablagerungskapazität vorhanden (Stichtag 03.10.2019). Entsprechend den derzeitigen angelieferten Inertstoffmengen von ca. 150.000 m<sup>3</sup>/a wird dieses Ablagerungsvolumen in rd. 0,6 Jahren erschöpft sein. Um den bestehenden Deponiestandort weiter nutzen zu können, soll auf der bestehenden Deponie eine Fläche von ca. 12 ha weiter verfüllt werden. Durch diese geplante Überschüttung der Altdeponie kann ein zusätzliches Deponievolumen von ca. 500.000 m<sup>3</sup> geschaffen werden.

Die Infrastruktureinrichtungen der bestehenden Deponie können durch die Beibehaltung des Standorts übernommen werden. Das Verkehrskonzept und die Zufahrt bleiben ebenfalls erhalten. Die damalige und heutige Zufahrt erfolgt über die C.R. 347.

Es wird keine Änderung des bisherigen Deponiebetriebes (d.h. Erhöhung der zum Einsatz kommenden Fahrzeuge und Gerätschaften) und keine Änderung der zugelassenen, Abfallarten erfolgen. Die Erhöhung ist ausschließlich für die bereits zugelassenen Abfallarten geplant.

Die Wiederverwertung von Baureststoffen und Bauabfällen wird fortgeführt.

Bei dem betrachteten Vorhaben handelt es sich um eine Erhöhung des Ablagerungsvolumens auf einem bislang als Bauschuttdeponie genutzten Geländes. Als Verfüllfläche dienen die bereits rekultivierten und wieder landwirtschaftlich genutzten Flächen im nördlichen Bereich der Altdeponie. Die Inanspruchnahme von Flächen bleibt auf die derzeit genutzten, bereits überprägten Bereiche der Altanlage beschränkt. Es werden keine neuen Flächen in Anspruch genommen.

Die bestehende Deponie fällt unter Punkt 58 aus dem Anhang IV der großherzoglichen Verordnung vom 15. Mai 2018 *établissant des listes de projets soumis à une évaluation des incidences sur l'environnement*.

Für Vorhaben dieser Art muss bei einer Projektänderung gemäß Art. 2 der großherzoglichen Verordnung vom 15. Mai 2018 von der zuständigen Behörde fallbezogen entschieden werden, ob die Durchführung einer Umwelt-Verträglichkeits-Prüfung (UVP/EIE) erforderlich ist.

In den vorangehenden Kapiteln des Screening-Dokumentes wurden die kennzeichnenden Merkmale des Vorhabens beschrieben sowie die damit in Zusammenhang stehenden potenziellen Impakte auf die definierten Schutzgüter aufgezeigt.

Die durchgeführte Prüfung in Bezug auf die vorhabensspezifischen Wirkfaktoren sowie deren potenziellen Auswirkungen haben ergeben, dass weder bau-, anlagen- noch betriebsbedingt mit einer erheblichen Beeinträchtigung von Schutzgütern zu rechnen ist.

Aufgrund der geringen Ausdehnung der Anlage wirkt sich das Vorhaben nur auf das nahe Umfeld des Standortes aus. Eine Ausnahme hiervon bilden die Wirkungen auf das Landschaftsbild und auf die Oberflächengewässer. Sie haben weitreichenderen Charakter.

Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild können durch die gewählten flachen Hangneigungen, den flach ausgezogenen Böschungsfuß und die abschnittsweise Rekultivierung, die jeweils nach der Verfüllung einer Deponiephase durchgeführt wird, minimiert werden.

Der Erhalt, der die Altanlage umgebenden Gehölz- und Heckenstrukturen trägt, zusammen mit der anschließenden landwirtschaftlichen Nutzung als Wiese ebenfalls zur Wiedereingliederung des rekultivierten Deponiegeländes in das Landschaftsbild bei. Relevante Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind deshalb nicht zu erwarten.

Die Gewässerqualität des *Brücherbaach* wird sich durch die geplante Neuverfüllung nicht verschlechtern. Es wird nur unbelasteter Bodenaushub und Bauschutt verfüllt werden. Durch die Anlage eines temporären Absetzbeckens (Schlampteich) erfolgt kein Sedimenteintrag in den Vorfluter. Das Oberflächenwasser wird über eine Rückhaltung zur Vorflut gegeben. Beeinträchtigungen des Gewässers werden damit vermieden. Für das Schutzgut Wasser sind keine relevanten Auswirkungen durch das Vorhaben zu erwarten.

Die Wahrscheinlichkeit relevanter, langfristiger oder gar nachhaltiger Beeinträchtigungen der menschlichen oder der natürlichen Umwelt ist sehr gering. Irreversible Auswirkungen sind gänzlich auszuschließen.

Bei der Analyse der „Merkmale des Vorhabens“, des „Standortes des Vorhabens“ sowie der „Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen“ gemäß Punkt 1 bis 3 des Anhangs I des EIE-Gesetzes vom 15. Mai 2018 haben sich **keine Hinweise auf die Notwendigkeit der Durchführung einer Umwelt-Verträglichkeitsprüfung** ergeben.

Die Naturschutzfachlichen Stellungnahmen des Planungsbüros MILVUS vom Februar 2019 und Oktober 2019 haben ergeben, dass bei der Einhaltung der aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen durch die geplante Überhöhung der Altdeponie eine Beeinträchtigung nach Artikel 17 und 21 des Luxemburger Naturschutzgesetzes nicht prognostiziert wird. Durch das geplante Vorhaben werden keine vorhandenen schutzwürdigen Arten und Lebensräume beeinträchtigt.

Abschließend kann zusammengefasst werden, dass im vorliegenden Fall aus der Sicht des Antragstellers nach den durchgeführten Analysen auf eine UVP/EIE verzichtet werden kann.
--

#### **4. ANLAGEN**

1. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, Extrait des cadastres des sites potentiellement contaminés et des sites contaminés ou assainis (27.11.2019)
2. MILVUS, Naturschutzfachliche Stellungnahme zur Deponieerweiterung Folkendange (Februar 2019)
3. MILVUS, Kurzstellungnahme zum nördlichen Erweiterungsbereich der Deponie Folkendange (17.10.2019)
4. Grundbaulabor Trier, Geotechnische Stellungnahme: Beurteilung der Böschungsstandsicherheit (03.07.2019)
5. Ingenieurbüro für Meteorologie und technische Ökologie, Berechnung der Immissionszusatzbelastung durch Schwebstaub und Staubniederschlag für die Erweiterung der Inertstoff-Deponie der Firma GEDECA S.à r.l. am Standort Folkendange, Staub-Impaktstudie (05.11.2019)
6. TÜV Rheinland Energy GmbH, Impaktstudie zu Lärmimmissionen in der Nachbarschaft einer Deponie in Luxembourg-Folkendange (05.08.2019)

#### **5. PLANUNTERLAGEN**

- |                                |   |
|--------------------------------|---|
| - Plan Nr. 161049-43-012003b : | Plan de situation niveaux projetées                                   |
| - Plan Nr. 161049-43-013002 :  | Profils en long   |
| - Plan Nr. 161049-43-014001a : | Profils en travers  |
| - Plan Nr. 161049-43-017001 :  | Carte topographique et extrait cadastral                              |
| - Plan Nr. 161049-43-017002:   | Modernisierungsmaßnahmen an bestehenden<br>Infrastruktureinrichtungen |
| - Plan Nr. 161049-13-7901:     | Schutzgebiete im Standortumfeld                                       |
| - Plan Nr. 161049-13-7902:     | Geschützte Biotop im Standortumfeld                                   |
| - Plan Nr. 161049-13-7903:     | Trinkwasserschutzzonen und Oberflächengewässer im<br>Standortumfeld   |

Senningerberg, den 03. Dezember 2019

B.E.S.T  
Ingénieurs-Conseils

A. MULLER

M. URBING